

Übung: Ein Prozess zur Pressefreiheit in Israel, verhandelt vor dem Obersten Gericht Israels während der Zweiten Intifada

Klagegrund: Das Pressebüro der israelischen Regierung beschließt Ende 2001, palästinensischen Journalisten, die Bewohner des Westjordanlands bzw. von Judäa und Samaria (jüdische Bezeichnung der gleichen Region) sind, von Januar 2002 an aus Sicherheitsgründen keinen Presseausweis mehr auszustellen, der sie zur Teilnahme an Pressekonferenzen der Regierung berechtigt und noch gültige Presseausweise nicht weiter zu verlängern.

Kläger:



Rollenspiel: Die Beteiligten in der Diskussion

- 1) **Ahmed Saif**
Palästinensischer Journalist, der in der Westbank lebt und ein israelisches Arbeitsvisum besitzt.
- 2) **Tehilla Friedman**
Vertreterin einer israelischen Organisation, die sich um Terroropfer im Zuge der 2. Intifada kümmert.
- 3) **Paul Holmes**
Vertreter einer internationalen Nachrichtenagentur (Reuters), die Ahmad Saif und weitere Journalisten aus dem Westjordanland beschäftigt.
- 4) **Daniel Seaman**
Vertreter des staatlichen israelischen Presseamtes, das über die Ausgabe von israelischen Presseausweisen entscheidet.

Aufgabenstellung:

1. Lesen Sie bitte die Argumentationshilfe für die Rolle, die Sie einnehmen.
2. Ziehen Sie für Ihre Argumentation die Grundgesetze und Ihr Rechtsempfinden zu Rate. Welche Bürgerrechte aus den Grundgesetzen unterstützen Ihre Position?

Argumentationshilfe 3: Paul Holmes

Vita

- Beauftragter für den Nahen und Mittleren Osten bei der Nachrichtenagentur *Reuters*, eine der größten Nachrichtenagenturen weltweit mit 2600 Journalisten und Journalistinnen an 200 verschiedenen Standorten.
- *Reuters* beschäftigt sowohl israelische wie auch palästinensische Journalisten.
- Palästinensische Journalisten erhalten Arbeitsvisa für Israel.

Problem

- Das Government Press Office verweigert unserem palästinensischen Journalisten Saif den Presseausweis.
- Damit kann dieser keine Pressekonferenzen der israelischen Regierung und anderer Ministerien mehr besuchen.

Mögliche Argumentationslinie

- *Reuters* müsste alle palästinensischen Journalisten aus der Westbank entlassen und Israelis oder andere einstellen; dies stellt eine nicht zulässige Diskriminierung dar, die am Hauptsitz in Großbritannien wie auch am Hauptsitz der Muttergesellschaft *Thomson-Reuters* in den USA gegen geltendes Recht verstoßen würde.
- Die israelische Regierung kann nicht allein aufgrund des Wohnsitzes des Journalisten bestimmen, wer bei *Reuters* in Israel angestellt sein darf. Sie müsste schon konkrete Gründe für das spezifische Sicherheitsrisiko des betreffenden Journalisten anführen.
- *Reuters* prüft bei Neueinstellung von Personal selbst sehr genau nach; nie würde *Reuters* zweifelnde Personen beschäftigen, deren Ruf nicht einwandfrei wäre.
- Es ist für die weltweite Berichterstattung essenziell, dass mehrere Sichtweisen auf einen Konflikt zur Sprache kommen.
- Sofern palästinensische Journalisten aus Israel herausgehalten werden, stirbt auch die journalistische Meinungspluralität in der Westbank.
- Vorgänge aus israelischen Pressekonferenzen haben auch Implikationen für Palästinenser. Sie haben ein Anrecht darauf, diese Inhalte zu erfahren.